

Wien, am 5. November 2015

Zl. 998/15/A

An das
Präsidium der GÖD
Teinfaltstraße 7
1010 Wien

Betreff: Herausforderungen für die Exekutive durch Flüchtlingswelle –
hier: Aufarbeitung der offensichtlichen Problemfelder

**Werter Herr Vorsitzender,
werte Kolleginnen und Kollegen!**

Seit Monaten rollt eine Flüchtlingswelle über Teile Europas, bedingt durch die geografische Lage war und ist natürlich Österreich besonders betroffen, ein Ende ist nicht abzusehen. Die Einsatzorganisationen und die Zivilgesellschaft haben Übernatürliches geleistet, dazu kann man nur gratulieren. Es wäre aber falsch, dies so nur hinzunehmen und so zu tun, ob alles gut wäre. Die Polizeigewerkschaft hat die Abläufe innerhalb der Exekutive sehr genau beobachtet und immer das Ohr bei der Kollegenschaft gehabt. Nach erster Sichtung kristallisieren sich einige Problemfelder heraus, die dringend einer Lösung bedürfen. Diese Problemfelder bestanden zum Teil auch schon vor diesen immensen Herausforderungen, haben sich nunmehr aber mehr als bestätigt und gezeigt, dass die Warnungen und die Forderungen der Polizeigewerkschaft mehr als berechtigt waren und weiterhin sind. Die Polizeigewerkschaft drängt daher auf rasche Lösungen und ersucht die GÖD, die Problematiken mit Nachdruck an den Dienstgeber heranzutragen und sofort in Verhandlungen zu treten, um der Kollegenschaft entsprechende Lösungen bieten zu können.

Die Polizeigewerkschaft wird dieses Papier auch Anfang Dezember bei der Sitzung der „Erweiterten Bundesleitung“ behandeln. Es ist damit zu rechnen, dass dieses Gremium mit einem Beschluss gewerkschaftliche Maßnahmen zur Durchsetzung der berechtigten Anliegen verlangen und mit dem Antrag auf Bewilligung an die GÖD herantreten wird.

PERSONAL

Die Bundesregierung hat mit der Aufnahmeoffensive von 2009 bis 2013 und der beabsichtigten Schaffung von 1000 zusätzlichen Planstellen bis 2018 einen (kleinen) Schritt in die richtige Richtung gesetzt. Mit dem vorhandenen Personal ist es aber noch immer nicht möglich, wenigstens den „Normaldienst“ ohne Anordnung von Überstunden zu leisten. Wenn dann außergewöhnliche Anforderungen dazukommen, werden die Grenzen der Belastbarkeit erreicht und leider auch überschritten.

Die Polizeigewerkschaft fordert daher

- .) eine weitere Aufnahmeoffensive ohne „Wenn und Aber“
- .) die Schaffung eines „Aufnahmepools“
- .) die Schaffung eines „Karenpools“

Begründung: Die Grenzen der Belastbarkeit dürfen nicht überschritten werden. Es muss gewährleistet sein, dass auch für Polizistinnen und Polizisten Beruf und Familie vereinbar sind und die Erhaltung eines sozialen Umfelds möglich ist. Die gängige Praxis, dass eine Aufnahme erst nach einem Abgang getätigt werden kann, verursacht auf Grund der 2-jährigen Ausbildung genau diese Lücken, bis man wieder einen voll ausgebildeten Beamten zur Verfügung hat. Immer mehr Polizistinnen und Polizisten stehen dem Dienstgeber durch Abwesenheiten (Herabsetzung der Wochendienstzeit, Karenzurlauben, Pflegekarenzen, usw.) nicht zur Verfügung. Diese sozialen Errungenschaften geraten in Misskredit, weil die zur Verfügung stehenden Kolleginnen und Kollegen diese Abwesenheiten durch Mehrdienstleistungen abdecken müssen.

BESOLDUNG

Bei der Dienstleistung im Zuge der Flüchtlingswelle wurden die Kolleginnen und Kollegen mit unermesslichen menschlichem Leid konfrontiert. Ohne auf Einzelheiten einzugehen kann sicher nachvollzogen werden, dass viele der mentalen Belastung nicht gewachsen waren, Krankenstände waren und sind die Folge. Insbesondere im psychischen Bereich treten Heilerfolge erst nach längerer Zeit ein, über Folgewirkungen kann nur spekuliert werden. Als „Belohnung“ für ihren Einsatz und den erlittenen gesundheitlichen Schaden kommt es dann nach dem 30. Krankenstandstag zur Einstellung der pauschalierten Zulagen. Die Polizeigewerkschaft fordert daher

- .) die Implementierung der Funktionszulage (§ 74 GG), der Wachdienstzulage (§ 81 GG) und der Vergütung nach § 83 GG in den Gehaltsstafel

Begründung: Für betroffene Kolleginnen und Kollegen dürfen sich nach Erkrankungen im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen keine finanziellen Nachteile ergeben.

GESUNDHEITSVOR-/FÜRSORGE

Der Dienstgeber hat durch gesetzliche Vorgaben, auch im Wege der Sozialversicherung, dafür zu sorgen, dass für die Kollegenschaft der Zugang zu allen Vorsorgemaßnahmen (z. B. Schutzimpfungen) und Behandlungsmaßnahmen (z. B. mentale Betreuung) kostenfrei zugänglich ist. Schon nach dem „Vorfall Annaberg“ hat sich gezeigt, dass der im BMI eingerichtete „Psychologische Dienst“ mit der vorhandenen Personalausstattung ganz einfach überfordert war. Es wird daher eine zielgerichtete Zsystemisierung von Planstellen gefordert.

„INTERNE“ PROBLEMFELDER

Intern werden über den Zentralausschuss an den Dienstgeber jene Problemfelder herangetragen, die im Hause einer positiven Erledigung im Sinne der Kollegenschaft zugeführt werden müssen. Es geht dabei insbesondere um (demonstrative Aufzählung)

- .) Bereitstellung geeigneter persönlicher Schutzausrüstung
- .) die Einhaltung der Ruhe- und Dienstzeiten
- .) die Versorgung der eingesetzten Kräfte
- .) die Unterbringung der eingesetzten Kräfte

.) die Verwendung von Räumlichkeiten (Schlafräume von Schülern, Klassenzimmern, Turnsäle) für „externe“ Notwendigkeiten

.) die rechtzeitige Anordnung von Dienstzuteilungen

Sollte der Zentralausschuss bei den Verhandlungen scheitern, wird die Polizeigewerkschaft die entsprechende Unterstützung der GÖD einfordern.

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Stimmung in der Kollegenschaft ist am „Siedepunkt“. Die transportierten Problemfelder bestehen seit Jahren und bedürfen einer positiven Erledigung im Sinne der überproportional belasteten Kolleginnen und Kollegen der Exekutive. Es ist an der Zeit, Lösungen zu präsentieren. In diesem Sinne fordert die Polizeigewerkschaft die größtmögliche Unterstützung durch die GÖD ein,

mit gewerkschaftlichen Grüßen,



Hermann GREYLINGER

Vorsitzender



Reinhard ZIMMERMANN
Vorsl.-Stv.



Hermann WALLY

Vors.-Stv.

Ergeht an:

Bundeskanzler Werner Faymann
Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner
BM f. Inneres, Mag. Johanna Mikl-Leitner
BM f. Finanzen, Dr. Hans-Jörg Schelling
Staatssekretärin Mag. Sonja Steßl
Sicherheitssprecher SPÖ, Otto Pendl
Sicherheitssprecher ÖVP, Dr. Werner Amon